

MeuerWeg

Halbmonatsschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung

Heräusgegeben vom

Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Redaktion Berlin N54 • Wilhelm-Pieck-Straße 1

H e f t 6/1952

Der Kampf des deutschen Volkes für einen Friedensvertrag und für ein einiges, friedliebendes, demokratisches und unabhängiges Deutschland

Aus der Rede des Genossen Walter Ulbricht, Generalsekretär unserer Partei, auf der 8. Tagung des Zentralkomitees

Es besteht kein Zweifel, daß 90 Prozent des Volkes sehnlichst die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes wünschen. Die Frage des Kampfes um die Erhaltung des Friedens, für einen Friedensvertrag, gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus und Imperialismus in Westdeutschland wird deshalb im Mittelpunkt der Vorbereitungen für die II. Parteikonferenz stehen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat dem Friedenswillen des deutschen Volkes Ausdruck gegeben, als sie an die vier Großmächte die Bitte auf beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland gerichtet hat.

Die Schaffung eines Friedens Vertrages ist entscheidend für das Schicksal Deutschlands. Es ist deshalb notwendig, diesen Schritt in seiner ganzen Bedeutung einzuschätzen und nicht etwa als eine vorübergehende Kampagne zu betrachten. Der Brief der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die vier Großmächte hat die Bedeutung eines Friedensprogramms.

Der Friedensvertrag schließt in sich die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Durch das Ersuchen an die Großmächte auf Abschluß eines Friedensvertrages verstärken wir die Vorschläge der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik auf gemeinsame Beratungen der Vertreter Ost- und Westdeutschlands zur Vorbereitung und Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung mit dem Ziel der Schaffung eines einigen, demokratischen, friedliebenden, unabhängigen Deutschland. Der Kampf um die Herbeiführung eines Friedensvertrages wird für das deutsche Volk in der ganzen gegenwärtigen Periode die zentrale Aufgabe sein. Die Massen des deutschen Volkes wollen den Frieden und keinen Krieg. Eindeutig wird daher in dem Brief der Regierung gesagt, daß Deutschland ein Recht auf einen Friedensvertrag besitzt:

„Das deutsche Volk wünscht in keinerlei internationale Verwicklungen und Konflikte hineingezerrt zu werden, die mit dem Bestreben aggressiver Kräfte verbunden sind, das Fehlen eines Friedensvertrages und die Spaltung Deutschlands für die Entfesselung eines neuen Weltkrieges auszunutzen.“^M

„Der Friedensvertrag mit Deutschland ist für das deutsche Volk notwendig, um die Spaltung Deutschlands zu beseitigen und einen einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Staat zu schaffen.“

Das Ersuchen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die vier Großmächte ist so gehalten, daß es in Deutschland selbst eine Atmosphäre des freien Meinungs austausches und der Verständigung schafft. Sache der Belegschaften der Betriebe, der Mitglieder der Gewerkschaften, der Frauen und Jugendlichen wie aller friedliebenden Bürger ist es nunmehr, über die Vorschläge nachzudenken und ihrer Meinung frei Ausdruck zu geben.

Die Volkskammer und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik haben mehr als einmal der Bonner Regierung und dem Bonner Parlament Vorschläge für die friedliche Lösung der deutschen Frage unterbreitet. Wenn nun amerikahörige westdeutsche Zeitungen behaupten, das Ersuchen auf Herbeiführung eines Friedensvertrages stehe nicht im Einklang mit dem Vorschlag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf Durchführung gesamtdeutscher Wahlen, so ist das doch kein ernstes Argument. Es sei daran erinnert, daß die Volkskammer am 15. September 1951 eine Entschließung angenommen hat, in der der Bundestag ersucht wird, für eine Gesamtdeutsche Beratung Vertreter namhaft zu machen. Diese Gesamtdeutsche Beratung soll nach unserem Vorschlag folgende Aufgaben erfüllen:

„... Für ganz Deutschland freie, gleiche und geheime demokratische Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands festlegen.“

Den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den darauffolgenden Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland verlangen.“

In diesem Vorschlag sind sowohl die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen wie der Abschluß eines Friedensvertrages enthalten. Das Ersuchen an die vier Mächte betreffend beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages bestätigt also nur den konsequenten Charakter der Anstrengungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf Schaffung eines einheitlichen,